

1.4. "Von der KSZE zur OSZE"

Ansprache beim Jahresessen der Berliner Pressekonferenz

Berlin, 11 December 1995

Die Teilnahme am Jahresessen der Berliner Pressekonferenz ist ein reines Vergnügen. Unmittelbar nach dem Treffen des Ministerrats der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, hier in Berlin, zu Ihnen über KSZE und OSZE zu sprechen, ist eine Herausforderung. Für beides danke ich Ihnen.

I.

Sie erwarten Aktuelles. Aber ich kann der Versuchung nicht widerstehen, mit Geschichte zu beginnen.

Kein Land ist so unmittelbar mit der Entwicklung der KSZE verbunden wie das wiedervereinigte Deutschland; und keine Stadt in dem weiten Raum zwischen Vancouver und Wladiwostok verdankt der KSZE soviel wie Berlin. Die 20 Jahre von 1971 bis 1991, die ich kurz ansprechen will, zeigen vor allem: Friedlicher Wandel, zivilisierte Politik ohne den Einsatz von Waffen braucht Zeit. Das galt für die Überwindung der sterilen Stabilität während der Ost-West-Konfrontation unter Mithilfe der KSZE. Es gilt auch für die jetzt Notwendige Stabilisierung einer schwierigen, bisweilen ziellos erscheinenden Übergangsphase mit Hilfe der OSZE.

Mein Rückblick beginnt mit der Vorgeschichte des KSZE-Prozesses. Im Juni 1971 einigte sich der NATO-Rat auf die "Lissabonner Formel". Die NATO erklärte ihr Einverständnis mit dem Beginn multilateraler Vorbereitungen einer "Europäischen Sicherheitskonferenz", unter der Bedingung, daß die Berlinverhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden. Genau ein Jahr später, im Juni 1972 unterzeichnen die Außenminister der vier Mächte in Berlin in dem früher vom alliierten Kontrollrat benützten Gebäude im amerikanischen Sektor das Viermächte Schlußprotokoll zum Viermächte Abkommen, das gleichzeitig in Kraft tritt. Vier Monate später, im November 1972 beginnen in Helsinki die vorbereitenden Gespräche über die Abhaltung einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Die Helsinki Schlußakte, die vor 20 Jahren im August 1975 unterzeichnet wurde, schuf die politische Grundlage für die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Schlußakte hat das Recht zu "friedlichem Wandel" festgeschrieben; und es war vor und in Helsinki jedem klar, daß damit in erster Linie ein möglicher Weg zur Überwindung der Teilung Deutschlands vorgezeichnet wurde.

Fünfzehn Jahre später, im November 1990, fand in Paris das zweite Treffen der Staats- und Regierungschefs der KSZE statt. In der am Ende dieses Treffens unterzeichneten Charta heißt es: "Wir nehmen mit großer Genugtuung Kenntnis von dem am 12. September 1990 in Moskau unterzeichneten Vertrag über die abschließende Regelung

in Bezug auf Deutschland und begrüßen aufrichtig, daß das deutsche Volk sich in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und in vollem Einvernehmen mit seinen Nachbarn in einem Staat vereinigt hat.“

Hier in Berlin braucht man nicht darüber zu sprechen, was dieser eine Satz für die Geschichte Europas, für unser Land und für diese Stadt bedeutete. Bundeskanzler Kohl hat es bei dem Gipfeltreffen in Paris so zusammengefaßt: ”Die KSZE als Idee und als Forum zukunftsgewandter Politik hat ihre Bewährungsprobe vor der Geschichte bestanden.“

Die Charta von Paris vollzog auch den Übergang von der KSZE als Konferenz zur KSZE als Organisation. Sichtbarstes Zeichen war die Einrichtung eines regelmäßig tagenden Rates der Außenminister.

Das erste Treffen der KSZE-Außenminister fand im Juni 1991 im Reichstagsgebäude hier in Berlin statt. Es war eine Anerkennung für Deutschland und für Berlin. Es war auch eine Anerkennung für den Vorsitzenden dieses ersten Ratstreffens, Bundesminister Genscher – seit 1975 die treibende Kraft des KSZE-Prozesses.

Aber Rückschau war 1991 im Reichstag nicht gefragt. Die Außenminister standen vor den Problemen und Herausforderungen der Nach-Konfrontationsphase. Die Krise in Jugoslawien spitzte sich zu: andere, der europäischen Geschichte bekannte, aber in der Konfrontationsphase fast vergessene Konfliktherde flammten auf. Nachdem die Mauer beseitigt und die Grenzbefestigungen abgebaut waren, wurde allmählich klar, wie fundamental die Lage sich verändert hatte, und nicht nur zum besseren.

Angesichts der neuen Herausforderungen setzten die Außenminister in Berlin neue Schwerpunkte für die weitere Arbeit der KSZE:

- Festigung der Menschenrechte, Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit;
- Einschaltung in die Bemühungen um Beilegung von Krisen;
- Entwicklung kooperativer Sicherheit insbesondere durch neue Verhandlungen über Abrüstung und Vertrauens- und Sicherheitsbildung.

II.

Von diesem 1. Ratstreffen 1991 in Berlin führt eine ziemlich gerade Linie zu dem 5. Ministerratstreffen in Budapest am Donnerstag und Freitag voriger Woche. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der neue Name seit dem 1. Januar dieses Jahres, hat sich organisch aus der KSZE entwickelt. Die Wachstumsimpulse gingen von konkreten Aufgaben. Nach dem Ende der Ost-West Konfrontation hat nicht die KSZE nach neuen Aufgaben gesucht. Es war umgekehrt: Es gab eine Reihe von dringenden Problemen, insbesondere im Bereich der Konfliktverhütung und des Krisenmanagements, für die eine Organisation gefunden werden mußte, die in der Lage und bereit war, sich ihrer anzunehmen.

In der OSZE besteht heute Einigkeit darüber, daß der Schutz und die Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Stärkung demokratischer Institutionen und

die Entwicklung rechtsstaatlicher Strukturen zu den zentralen Aufgaben einer umfassenden Sicherheitspolitik gehören. Anders ausgedrückt: Nach dem Ende der Ost-West Konfrontation sind Militärpotentiale nicht mehr der alles beherrschende Faktor von Stabilität und Sicherheit. Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind unter den OSZE-Staaten als Grundlagen nicht nur des inneren Friedens, sondern auch der internationalen Sicherheit anerkannt. Damit bieten sich neue Ansätze für eine aktive Friedenspolitik.

Eine entscheidende Voraussetzung für die Zivilisierung der internationalen Beziehungen ist das Abtragen der hohen Mauer nationaler Souveränität. Bei der Formulierung eines Konsultationsmechanismus für Krisensituationen bei dem KSZE-Rat im Juni 1991 in Berlin, bestanden die Vertreter der Sowjetunion auf der ausdrücklichen Erwähnung des Prinzips der Nicht-Einmischung. Wenige Wochen später fand in Moskau der Putsch gegen Präsident Gorbatschow statt. Er scheiterte auch deshalb, weil die westlichen Staaten jeden Kontakt mit den Putschisten verweigerten. Drei Wochen nach dem Putsch begann in Moskau eine KSZE-Konferenz über die menschliche Dimension. Nachdrücklich unterstützte die sowjetische Delegation eine deutsche Initiative, die dazu führte, daß alle KSZE-Teilnehmerstaaten – ausdrücklich "unwiderruflich" – erklärten, daß die in Bezug auf Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingegangenen Verpflichtungen "ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten und nicht eine ausschließlich innere Angelegenheit des betroffenen Staates darstellen."

Damit wurde die Handlungsfähigkeit der OSZE im Bereich der vorbeugenden Diplomatie und der Konfliktverhütung wesentlich verbessert; denn die Ursachen fast aller Konflikte der Nach-Konfrontationsphase im OSZE-Raum, vom früheren Jugoslawien bis nach Tadschikistan, sind nicht Konflikte zwischen Staaten sondern Probleme innerhalb von Staaten.

Ein Präzedenzfall von großer Bedeutung ist der Konflikt innerhalb der Russischen Föderation in Tschetschenien. Obwohl es sich eindeutig um eine innere Angelegenheit handelt, hat Rußland die Einmischung der OSZE akzeptiert. Dies ermöglichte die Entsendung einer OSZE-Unterstützungs-gruppe nach Groszny. Im Sommer fanden die Verhandlungen zwischen der Russischen Föderation und den tschetschenischen Kräften buchstäblich unter dem Dach der OSZE statt. Heute können wir in einer erneut sehr gespannten, kritischen Situation in Tschetschenien nur hoffen, daß die OSZE dazu beitragen kann, erneut alle Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu bringen.

Die OSZE-Standards im Bereich von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten sind seit 1975 bis in die Einzelheiten definiert worden. Heute geht es nicht mehr in erster Linie um die Vervollkommnung der vereinbarten Standards. Es geht jetzt vor allem darum, daß die von allen OSZE-Staaten eingegangenen Verpflichtungen auch tatsächlich eingehalten werden.

Die OSZE bemüht sich intensiv, übrigens in ähnlicher Weise wie der Europarat, um die weitere Entwicklung kooperativer Verfahren zum Schutz der Menschenrechte. Hier

muß man nüchtern feststellen, daß kooperative Verfahren und "soft power" ihre Grenzen haben. Zwangsmaßnahmen kann nur der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen legitimieren, und auch deren Wirkung ist begrenzt. Aber wir sollten die Möglichkeiten zu überzeugen nicht unterschätzen; das wohlverstandene Eigeninteresse der Staaten ist eine starke Antriebskraft. Die politischen Konsultationen im Ständigen Rat der OSZE, der jede Woche in Wien zusammentritt, tragen zunehmend dazu bei, das wohlverstandene Eigeninteresse der OSZE-Staaten zu aktivieren.

Dazu bestehen vielfache Möglichkeiten; eine will ich besonders erwähnen: Die Mehrzahl der OSZE-Staaten hat ein großes Interesse am Ausbau der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union bis hin zu dem Wunsch zahlreicher OSZE-Staaten auf Beitritt. Dies gibt der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union konkrete politische Handlungsmöglichkeiten auch im Rahmen der OSZE. Es stärkt beide: Die OSZE in ihrer Sorge für die menschliche Dimension und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union.

Bei dem Treffen des KSZE-Rates in Berlin machte die sich schnell zuspitzende Jugoslawienkrise deutlich, daß die Ost-West Konfrontation Konflikte eingefroren hatte, die unmittelbar nach dem Abtauen der Eisschicht aktiviert wurden. Darauf war niemand vorbereitet. Die UNO hatte praktisch keine Erfahrung in Europa. Die NATO war auf kleinere Konflikte "out of area" weder politisch noch praktisch eingestellt. Und die KSZE hatte überhaupt keine operative Erfahrung.

Die Außenminister der KSZE-Staaten trafen deshalb 1991 in Berlin erste Maßnahmen, um die KSZE im Bereich der Konfliktverhütung handlungs-fähig zu machen. Diese Entwicklung ist inzwischen so weit fortgeschritten, daß die OSZE eines der Hauptinstrumente für Frühwarnung, Konflikt-verhütung und Krisenbewältigung in der Region ist. In Zukunft wird dies der wichtigste operative Beitrag der OSZE zu europäischer Sicherheit sein. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, wie schwer Konflikte beizulegen sind, die schon zu militärischen Auseinandersetzungen geführt haben. Deshalb müssen die Möglichkeiten zum zivilisierten, d.h. gewaltfreien Umgang mit Konflikten weiter verstärkt werden.

In diesem Rahmen sind heute außer der schon erwähnten OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien 8 weitere OSZE Missionen im Einsatz. Regionale Schwerpunkte dieser Missionen sind der Balkan, der Kaukasus und zwei Missionen mit sehr spezifischen Aufgaben vorbeugender Diplomatie in Estland und Litauen. Diese OSZE Missionen, die ständig vor Ort sind, haben bis zu 20 Mitarbeiter, und zwar Diplomaten und in vielen Fällen auch Militärs. Sie erfüllen vor Ort sehr unterschiedliche, für das jeweilige Problemfeld definierte Aufgaben vorbeugender Diplomatie, der Konfliktverhütung, der Konfliktbeilegung oder der Konfliktnachsorge.

Mehrere OSZE-Missionen, zum Beispiel die in Moldowa, in Georgien und in Tadschikistan, bemühen sich um die Lösung von Problemen, die die Interessen Rußlands direkt oder indirekt berühren. Keines dieser Probleme ist ohne einen maßgebenden Beitrag Rußlands lösbar. Im Umfeld der genannten OSZE-Missionen entwickelt sich eine konstruktive Zusammenarbeit mit Rußland innerhalb der OSZE. Die Bereitschaft Rußlands, auch in kritischen Bereichen eigener Interessen, auf der

Grundlage der OSZE-Prinzipien zu handeln, ist ein wesentlicher Beitrag zur Entwicklung einer kooperativen Sicherheitsstruktur, in die Rußland voll integriert ist.

Eine Hauptursache aller akuten und drohenden Konflikte sind Minderheitenprobleme. Deshalb hat die OSZE einen Hochkommissar für Nationale Minderheiten eingesetzt und seine Funktion in der Praxis weiter ausgebaut. Dieser Hochkommissar ist weitgehend unabhängig. Er kann im kritischen Minderheitenbereich nicht nur für "Frühwarnung" sorgen, sondern auch zu einem frühen Zeitpunkt Maßnahmen einleiten, um Spannungen im Umfeld nationaler Minderheiten abzubauen. Der erste Hochkommissar für Nationale Minderheiten, der frühere niederländische Außenminister Max van der Stoel, ist gerade in seinem Amt für weitere drei Jahre bestätigt worden. Seine Hauptarbeitsgebiete sind der Balkan von der Slowakei bis Albanien, die Baltischen Staaten, und in zunehmendem Maße Zentralasien, insbesondere die beiden Staaten mit großen Anteilen nationaler Minderheiten, Kirgistan und Kasachstan. Für Max van der Stoels hervorragende Arbeit stiller Diplomatie gilt in besonderem Maße, daß rechtzeitig erkannte und verhinderte Krisen keine Schlagzeilen machen.

Auch beim Krisenmanagement stellt sich die Frage, was geschieht, wenn kooperative Lösungen nicht greifen? Die OSZE ist – im Prinzip – auch bereit zu friedenserhaltenden Maßnahmen unter Einsatz von Militär. Aber die OSZE hat ausdrücklich auf Zwangsmaßnahmen verzichtet. Zwangsmaßnahmen sind die Prerogative des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Die OSZE-Staaten sind jedoch nach meiner Einschätzung übereinstimmend der Ansicht, daß insbesondere militärische Zwangsmaßnahmen als *ultima ratio* im Spektrum des Krisenmanagements zur Verfügung stehen müssen; auch deshalb, weil es die Chancen friedlicher Regelung verbessert, wenn den Streitparteien frühzeitig und glaubwürdig klar ist, daß am Ende auch Sanktionen und militärische Zwangsmittel zur Verfügung stehen. Dies ist auch einer der Gründe, warum die OSZE in allen Krisensituationen engen Kontakt hält mit den Vereinten Nationen. Es muß notfalls der Übergang zu Zwangsmaßnahmen möglich sein.

Die OSZE will zwischen Vancouver und Wladiwostok einen Raum kooperativer Sicherheit schaffen. Dabei müssen auch die nach wie vor in diesem Raum vorhandenen großen Militärpotentiale einbezogen werden. Schon bei dem Ratstreffen der KSZE in Berlin zeichnete sich ab, daß militärische Aspekte der Sicherheit nicht mehr im Mittelpunkt stehen; aber sie bleiben wesentliche Aspekte umfassender, ungeteilter Sicherheit. Die OSZE-Staaten sind sich darüber einig, daß nationale wie bündnisverpflichtete Streitkräfte durch ein festes Netz von Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen eingeeht werden müssen.

III.

Der Ministerrat der OSZE am Donnerstag und Freitag der vorigen Woche in Budapest war von zwei Themen beherrscht: Den Beiträgen der OSZE zu einem Friedensprozeß in Bosnien und Herzegowina und in der südosteuropäischen Region, sowie der Entwicklung eines Sicherheitsmodells für das 21. Jahrhundert im OSZE-Raum.

Wir alle wissen, daß die Vereinbarungen von Dayton, Ohio der Beginn eines schwierigen Friedensprozesses sind. Es verkleinert nicht den Verhandlungserfolg, wenn die Beteiligten darauf hinweisen, daß der schwierigste Teil, die Durchführung des in Dayton Vereinbarten, noch vor uns liegt.

Die Dayton Vereinbarungen zielen auf eine umfassende Lösung. Nur die enge Verbindung der Herstellung militärischer Sicherheit mit der Lösung der schwerwiegenden humanitären Probleme, mit dem Schutz und Aufbau von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie mit einem wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramm, nur diese enge Verbindung, wird den Durchbruch zu einem friedlichen, als Gesamtstaat lebensfähigen Bosnien und Herzegowina bringen.

Heute stehen die Probleme militärischer Sicherheit im Vordergrund, deren die NATO sich als Hauptakteur annehmen wird. Aber das umfassende NATO Engagement würde ins Leere gehen, wenn es nicht gelingt, durch Wahlen demokratisch legitimierte und lebensfähige Institutionen zu schaffen; und demokratische Wahlen kann ich mir nur vorstellen, wenn ein schnell anlaufendes Wiederaufbauprogramm ein neues, in die Zukunft gerichtetes Klima schafft.

Die Durchführung dieser herausfordernden Aufgaben wird gestützt von einem, auch konzeptionell neuen Netzwerk internationaler Organisationen. Nie zuvor hat es ein solches, von der internationalen Gemeinschaft festgeschriebenes Zusammenwirken von Vereinten Nationen, NATO, Europäischer Union, OSZE und Europarat gegeben und – vielleicht das wichtigste – die USA und Rußland sind ausdrücklich einbezogen.

Dieses Netzwerk wird zusammengehalten durch den vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bestellten und von der Europäischen Union benannten „Hohen Vertreter“, Carl Bildt. Auch damit kommt zum Ausdruck, daß der Beitrag der Vereinten Nationen zum internationalen Krisenmanagement unverzichtbar bleibt. Je besser das Dayton-Netzwerk trägt, umso stärker und glaubwürdiger werden die Vereinten Nationen durch die in dieser Dichte erstmalige enge Zusammenarbeit mit Regionalorganisationen.

Der OSZE sind in dem Netzwerk drei Aufgaben zugeschrieben worden: Die Beaufsichtigung der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen; die Beobachtung der Menschenrechtssituation und Hilfe bei den Verhandlungen der Parteien über militärische Vertrauensbildung und regionale Rüstungskontrolle.

Die größte operative Herausforderung der OSZE ist die Aufsicht über die Wahlprozesse. Für die Wahlen ist in Dayton ein äußerst knapper Zeitraum von sechs bis neun Monaten nach Unterzeichnung festgelegt worden. In kürzester Frist müssen 200 bis 300 qualifizierte Mitarbeiter mobilisiert werden. Das übersteigt erheblich die Dimensionen bisheriger OSZE-Einsätze, auch hinsichtlich der Finanzierung. Die Verantwortung für die Durchführung der Operation liegt ab 1. Januar in den Händen des neuen OSZE-Vorsitzes, Bundesrat Cotti, dem Außenminister der Schweiz. Es ist klar, daß die OSZE die ihr übertragenen Aufgaben nur in enger Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen erfolgreich erfüllen kann.

Die Vorgespräche der OSZE mit Parteien der Dayton Vereinbarungen haben die zahlreichen Probleme bei der Vorbereitung demokratischer Wahlen in ganz Bosnien und Herzegowina deutlich gemacht. Aus der Sicht aller unserer Gesprächspartner ist eines der schwierigsten und eines der wichtigsten Probleme die Schaffung normaler Informationsmöglichkeiten für die Wähler und Wählerinnen. Ein Gesprächspartner brachte das auf die Kurzformel, in der Presse habe der Krieg angefangen, in der Presse müsse er beendet werden. Wenn ich recht sehe, ist dies auch eine Herausforderung der nationalen und internationalen berufständischen Vereinigungen von Journalisten.

Das zweite große Thema des Ministerrats in Budapest war das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert. Dieses Thema ist auf Initiative Rußlands Ende letzten Jahres auf die Tagesordnung der OSZE gesetzt worden. Es geht um die Bestimmung von inhaltlichen, operativen und strukturellen Elementen, die zu einem durch "echte Partnerschaft" geprägten Sicherheitsraum führen. Er muß – frei von Trennungslinien – das ganze OSZE-Gebiet umfassen. Etwas konkreter gesagt: Es wird versucht, Antworten zu finden auf Unklarheiten und Unsicherheiten der sich zeitlich immer weiter ausdehnenden Übergangsphase nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation. Die Fragen, die hierzu gestellt werden, unterscheiden sich je nach Lage und Perspektive der einzelnen OSZE-Partner. Für einige gehören dazu die Beitrittswünsche einiger OSZE-Staaten zur NATO, Instabilitäten durch Faktoren der Wirtschaft und der Umwelt, Wanderungs-bewegungen, das unklare Verhältnis der zahlreichen europäischen und transatlantischen Organisationen untereinander und mit den Vereinten Nationen, sowie eine deutlichere Ortsbestimmung und weitere Stärkung der OSZE.

In Budapest standen nur Zwischenergebnisse zur Diskussion. Festzuhalten bleiben zwei Orientierungen, über die bereits Einigkeit besteht:

- Die OSZE-Normen müssen strikter eingehalten werden und die Möglichkeiten, auf Einhaltung zu drängen, müssen verbessert werden.
- Das Netz "komplementärer und sich gegenseitig unterstützender Organisationen" muß dichter geknüpft werden.

Damit zeigt sich auch ein Zusammenhang zwischen den Erörterungen über den Friedensprozeß für Bosnien und Herzegowina und der Diskussion über das Sicherheitsmodell. Das in Dayton vereinbarte Netzwerk zur Beilegung des Konflikts in Bosnien und Herzegowina könnte Bewährungsprobe für eine Grundstruktur eines Sicherheitsmodells für den OSZE-Raum im 21. Jahrhundert sein. Das Dayton-Netzwerk berücksichtigt die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Potentiale der USA, der EU und Rußlands; es nutzt die bestehenden europäischen und transatlantischen Organisationen. Die OSZE hat über ihre konkreten Aufgaben hinaus die Funktion, alle Staaten zwischen Vancouver und Wladiwostock aktiv in das Krisenmanagement einzubeziehen.

IV.

Ich möchte drei Schlußfolgerungen ziehen:

1. Die Erfahrungen der OSZE im Bereich der Konfliktverhütung und des Krisenmanagements sind ermutigend. Die OSZE trägt dazu bei, Frieden zu stiften. Aber wir arbeiten auf einem neuen Feld internationaler Politik. Das mahnt zur realistischen Einschätzung der eigenen Möglichkeiten. Wir brauchen noch mehr praktische Erfahrung; mehr Bereitschaft, die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

2. Dies ist nicht die Zeit, in der Sicherheit und Stabilität durch einfache Strukturen organisiert werden können. Wir befinden uns nach einer Zeitenwende in einem äußerst komplexen Prozeß, in dem es gilt, die Stabilitätschancen spontaner Organisation zu nutzen. Dazu bedarf es einer anpassungsfähigen und flexiblen Organisation wie der OSZE, die in der Lage ist, das Konfliktverhütungs- und Krisenmanagements-Potential aller Staaten zu aktivieren.

3. Für friedliche Lösungen von Konflikten, zur Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung, braucht man die "Notwendige" Zeit. Der Präsident der Tschechischen Republik, Vaclav Havel, hat vor kurzem von seiner Ungeduld im Hinblick auf das langsame Wachstum der Demokratie gesprochen.

"Ich habe versucht," sagt Präsident Havel, "die Geschichte voran zu treiben wie ein Kind versucht, an einer Pflanze zu ziehen, damit sie schneller wächst. ... Man kann eine Pflanze nicht überlisten, so wenig wie man die Geschichte überlisten kann. Aber man kann Pflanzen gießen. Geduldig, jeden Tag. Mit Verständnis, mit Bescheidenheit, aber auch mit Zuneigung."

Im französischen Text heißt es, "mais aussi avec amour".